

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 17.12.2007
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp	48734 Reken	
Herr Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Frau Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Frau Heidi Buskase	48599 Gronau	
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Herr Markus Jasper	48619 Heek	bis TOP 4
Herr Josef Leinen	48712 Gescher	
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Herr Werner Schnappenberger	46325 Borken	Vertretung für Herrn Johannes Maus
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	
Frau Gerti Tanjsek	46397 Bocholt	
Frau Gertrud Welper	48691 Vreden	
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Reinhard Groschke
Frau Annette Scherwinski
Herr Hans Ritter
Frau Doris Gausling
Frau Susanne Lökes

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

**Punkt 1: Förderung der Sozialarbeiter/innen im Allgemeinen Sozialen Dienst bei den Wohlfahrtsverbänden
Vorlage: 0258/2007**

Herr Groschke verweist auf die Sitzungsvorlage, weitere Erläuterungen seien nicht beabsichtigt. Frau Gausling beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder zur Vorlage.

Ausschussmitglied Pohl bittet darum, dem Ausschuss einen umfassenden Bericht zu den Inhalten der vorgehaltenen Angebote und deren flächendeckender Umsetzung vorzulegen.

Herr Groschke sagt einen entsprechenden Bericht bis spätestens Anfang des Jahres 2009 zu.

Daraufhin lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht über den Allgemeinen Sozialen Dienst als kreisweites Angebot zur Kenntnis.
2. Die Voraussetzung für die Verlängerung der Förderung für die Jahre 2007 bis 2009, dass die Träger die Hilfsangebote flächendeckend anbieten, ist damit erfüllt.

**Punkt 2: Projekt "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt"
- Weitere Förderung der Projekte in 2008 -
Vorlage: 0259/2007**

Frau Gausling gibt einige Erläuterungen zur Vorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Sie erklärt, zur Einbindung der Lenkungsgruppe in vorhandene Strukturen werde die Verwaltung Vorschläge erarbeiten und dem Ausschuss vorlegen.

Nach eingehender Diskussion beantragt Ausschussmitglied Schulte die getrennte Abstimmung über die einzelnen Beschlussvorschläge.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt sodann über die einzelnen Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

1. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, alle acht im Jahr 2007 weitergeführten Angebote werden über das Ende ihrer Laufzeit am 31.12.2007 hinaus bis zum 30.06.2008 im bisherigen Ausmaß weiter gefördert. Dies erfordert einen Mitteleinsatz von 83.231,00 Euro.

Beschluss: einstimmig

2. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, die wirkungsorientierte Steuerung und Finanzierung von freiwilligen Leistungen der Altenhilfe des Kreises wird weitergeführt und ab dem 01.07.2008 dauerhafte Aufgabe im Fachbereich Soziales. Die Aufgabe wird im Rahmen der jährlich zur Verfügung gestellten Mittel wahrgenommen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

3. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, für die Vorbereitung und Durchführung des Überganges von denjenigen Aufgaben, die bisher im Rahmen des Gesamtprojektes übernommen werden, erarbeitet die Lenkungsgruppe des Projektes bis Februar 2008 entsprechende Empfehlungen. Der fachliche Rahmen für die Empfehlungen ist die Beibehaltung der strategischen Ausrichtung an den drei Oberzielen und der wirkungsorientierten Vorgehensweise.

Punkt 3: **Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz im Kreis Borken
 - Verlängerung der Modellphase bis 30.06.2008 -
 Vorlage: 0251/2007**

Frau Ostendorff gibt einige Erläuterungen zur Vorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Sie verdeutlicht, dass erst die Daten aus dem Jahr 2007 tragfähige Zahlen liefern würden, auf deren Grundlage eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Projektes durchgeführt werden könne. Deshalb werde eine Fortführung des Projektes bis zum 30.06.2008 vorgeschlagen. Der Europäischen Senioren Akademie und Herrn Dr. de Vries werde damit ausreichend Zeit gegeben, die Ergebnisse aufzubereiten und im Ausschuss vorzustellen.

In der Diskussion wird deutlich, dass die Ausschussmitglieder einen ausführlichen Bericht durch Herrn Dr. de Vries im Ausschuss erwarten, um rechtzeitig vor dem Auslaufen der verlängerten Förderung über eine Weiterführung des Projektes entscheiden zu können.

Die Verwaltung wird gebeten, die Träger auf ein evtl. Auslaufen der Projektförderung hinzuweisen, damit die Träger rechtzeitig Überlegungen über eine evtl. anderweitige Unterbringungsform anstellen können.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Informationen über das Modellprojekt „ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz im Kreis Borken“ zur Kenntnis und stimmt den Finanzierungsmodalitäten bis 30.06.2008 zu.

Punkt 4: Vorberaterung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2008
- Vorbericht zum Haushalt 2008
- Budget 01 "Soziales"
- Budget 04 "Gesundheitswesen"
Vorlage: 0260/2007

Es besteht Einvernehmen darüber, die zu beratenden Budgets Seite für Seite durchzugehen und in diesem Zusammenhang Fragen zu beantworten sowie die gestellten Anträge zu beraten und zu beschließen.

Budget 01 – Soziales

Ausschussmitglied Schulte fragt nach, welcher Träger das Projekt Anerkennung des Ehrenamtes umsetzen werde.

Frau Gausling antwortet, dass das Projekt vom DRK als Träger umgesetzt werde. Dies sei deshalb sinnvoll, weil beim DRK die meiste Erfahrung mit trägerübergreifender Arbeit vorhanden sei.

Ausschussmitglied Schulte bittet darum, dem Ausschuss im 1. Halbjahr 2009 einen Bericht über die Umsetzung und die Arbeit in dem Projekt zu geben.

Im Zusammenhang mit der Frage nach weiteren Kennzahlen für den Bereich der Heimaufsicht erklärte Herr Groschke, dass für eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses ein Bericht über die Arbeit der Heimaufsicht vorgesehen sei.

Bei den Zuwendungen für die Betreuungsvereine wurde ein Bericht über die Arbeit der Vereine mit einer Darstellung der Aktivitäten und Erfolge nachgefragt.

Antrag Nr. 01-01 der SPD-Fraktion:

Anschaffung/Leasing von 4 Fahrzeugen für SGB II-Empfänger

Bei der Beratung des Antrages Nr. 01-01 der SPD-Fraktion zur Anschaffung/Leasing von 4 Fahrzeugen durch den Kreis Borken, um damit SGB II-Empfängern eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen, verwies Ausschussmitglied Schulte auf ein entsprechendes Projekt des Hochsauerlandkreises. Die Verwaltung soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses über die Erfahrungen des Hochsauerlandkreises berichten.

Der Antrag Nr. 01-01 der SPD-Fraktion wird bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zurückgestellt.

Antrag 01-02 der CDU-Fraktion:

Sperrvermerk bei den Transferaufwendungen für die Ambulant betreuten Wohngemeinschaften Demenz

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, die Transferaufwendungen für die Ambulant betreuten Wohngemeinschaften Demenz werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Antrag 01-03 der CDU-Fraktion:

Sperrvermerk für 167.000 € bei den Transferaufwendungen für das Projekt „Leben im Alter“

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, die Transferaufwendungen für das Projekt „Leben im Alter“ werden für 167.000 € mit einem Sperrvermerk versehen.

Budget 04 – Gesundheit

Anträge 04-01, 04-03, 04-05 der SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, CDU-Fraktion:

Förderung einer Teilzeitstelle in der Beratungsstelle für Schwangerschaftskonfliktberatung und Familienplanung der PariSozial gGmbH

Nach kurzer Beratung werden die Anträge der verschiedenen Fraktionen zusammengefasst. Es besteht Einvernehmen, dass der Ausschuss einen Bericht über die Arbeit der Beratungsstellen erhält.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, der PariSozial gGmbH Ahaus wird für die Förderung einer zusätzlichen Fachkraft (0,32 Stellenanteil) in der Beratungsstelle für Schwangerschaftskonflikte und Familienberatung ein Kreiszuschuss in Höhe von ca. 1.700 € gewährt.

Antrag 04-02 der SPD-Fraktion:**Förderung einer zusätzlichen Halbtagsstelle für die Beratung und Prävention in der Aids-Hilfe**

Frau Scherwinski erklärt, die Zahl der aidsinfizierten Personen bundesweit stagniere. Bei den positiven Erstbefunden sei lediglich eine geringe Steigerung (2005: 2505 Personen, 2006: 2638 Personen, 2007: 2668 Personen) zu verzeichnen. Die Entwicklung im Kreis Borken sei hier sogar leicht rückläufig (2005: 41 Personen, 2006: 41 Personen, 2007: 31 Personen). Vor diesem Hintergrund sei ein aktueller Bedarf für eine Personalaufstockung bei der Aids-Hilfe Westmünsterland zum gegenwärtigen Zeitpunkt für den Fachbereich Gesundheit nicht erkennbar. Allerdings könne die Arbeitsbelastung und der Personalbedarf nicht allein an der Zahl der infizierten Personen festgemacht werden.

Ausschussmitglied Pohl verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion, der einen Bericht der Aids-Hilfe über die Entwicklung der Aids-Beratung im Kreis Borken im Ausschuss vorsieht. Im Anschluss daran könne über eine Personalaufstockung beraten werden.

Ausschussmitglied Schulte erklärt, der Antrag der SPD-Fraktion werde insofern abgeändert als nunmehr ein Zuschuss von 6.000 € zur Entlastung des in der Aids-Hilfe eingesetzten Personals beantragt werde.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Beschluss:</u>	5	Ja-Stimmen
	10	Nein-Stimmen
	1	Enthaltung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, der Aids-Hilfe Westmünsterland einen Zuschuss in Höhe 6.000 € zur Erweiterung des Stellenumfanges in der Aids-Beratung zu gewähren, ab.

Antrag 04-04 der CDU-Fraktion:**Bericht über die Entwicklung der Aids-Beratung im Kreis Borken**

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

<u>Beschluss:</u>	einstimmig
--------------------------	------------

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beauftragt die Verwaltung, in der nächsten Sitzung einen Bericht über die Entwicklung der Aids-Beratung im Kreis Borken zu geben. Dieser Bericht sollte auch die Veränderungen bei den Zahlen der an HIV/Aids-Infizierten im Kreis Borken enthalten.

Antrag 05-03 der SPD-Fraktion:**Zuschuss an den Kreissportbund zur Förderung Projekte „Kinder In Bewegung“**

Der Antrag ist vom Schulausschuss zur Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit verwiesen worden.

Ausschussmitglied Tanjsek erläutert, dass mit dem Zuschuss an den Kreissportbund das Problem angegangen werden soll, dass es immer mehr adipöse Kinder gebe. Diesem Problem müsse man entgegen treten.

Frau Scherwinski weist darauf hin, dass dieses Thema bereits in der Vergangenheit aufgegriffen worden sei, eine Aufnahme in das Maßnahmenprogramm 2008 allerdings wegen der bereits vorhandenen Arbeitsauslastung nicht erfolgen könne.

Vorsitzender Stilkenbäumer gibt den Hinweis, dass auch die Krankenkassen dieses Thema aufgegriffen hätten und auch entsprechende Kurse anbieten. Er schlägt vor, dieses Thema an die Gesundheitskonferenz zu verweisen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, das Thema an die Gesundheitskonferenz zur weiteren Behandlung zu verweisen.

Antrag der SPD-Fraktion zu Ziel 1 Maßnahme 1:**Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Ordnungsämtern der Städte und Gemeinden zur Kontrolle des missbräuchlichen Alkoholkonsums Jugendlicher**

Ausschussmitglied Schulte erläutert den Antrag. Sie weist darauf hin, dass es wichtig sei, die in Vreden gewonnenen Erfahrungen auch in anderen Orte umzusetzen.

Herr Haßenkamp erklärt, dass das Problem mit den Bürgermeistern besprochen worden sei. Es sei vereinbart worden, das Vredener Modell auch in anderen Städten und Gemeinden umzusetzen. Die Umsetzung über das Jugendamt mit Vertretern der Jugendhilfe in Zusammenarbeit mit den Ordnungsämtern befinde sich in der Umsetzung.

Ausschussmitglied Schulte erklärt, angesichts dieser Ausführungen werde der Antrag der SPD-Fraktion zu Ziel 1 Maßnahme 1 zurückgezogen. Sie bittet die Verwaltung Mitte 2008 einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahme sowohl im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit als auch im Jugendhilfeausschuss zu geben.

Herr Haßenkamp sagt einen entsprechenden Bericht zu.

Punkt 4.1: Ziele und Maßnahmen für das Jahr 2008
Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2007
Vorlage: 0133/2007

Antrag der SPD-Fraktion zu Ziel 1 Maßnahme 1

Ausschussmitglied Schulte erläutert den Antrag der SPD-Fraktion zu Ziel 1 sowie Maßnahme 1.

Ausschussmitglied Pohl betont, dass auch die CDU-Fraktion die Suche nach alternativen Wohnformen für ältere Menschen unterstütze. Die entsprechenden Ziele und Maßnahmen seien in den Maßnahmen zur Stärkung positiver Lebensbedingungen und Versorgungsstrukturen für ältere Menschen auf Seite 26 unter Nr. 3. inbegriffen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, die Maßnahmen unter Nr. 3. wie folgt zu ergänzen:

3. Förderung des Mehrgenerationenwohnens/Altenwohnens

Der Kreis Borken fördert das generationsübergreifende Miteinander und Wohnen/Altenwohnungen und unterstützt Träger bei der Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen. In Form einer Fachveranstaltung wird über Mehrgenerationenwohnen informiert.

Antrag der SPD-Fraktion zu Ziel 2 Maßnahme 1:

Ausschussmitglied Schulte gibt einige Erläuterungen zum Antrag der SPD-Fraktion.

Vorsitzender Stilkenbäumer weist darauf hin, dass der Auftrag zur Einrichtung von Pflegestützpunkten eigentlich an die Kranken-/Pflegekassen gerichtet sei, bei diesen seien jedoch Widerstände vorhanden, weil insbesondere eine doppelte Struktur befürchtet werde.

Ausschussmitglied Schulte betont, dass eine unabhängige Pflegeberatung unverzichtbar sei, diese jedoch nicht von den Kranken-/Pflegekassen übernommen werden könne, sondern in kommunaler Trägerschaft umgesetzt werden müsse.

Herr Haßenkamp weist darauf hin, dass die Stärkung der Pflegeberatung bereits in der Maßnahmeplanung (Seite 26 Nr. 5 „Stärkung der Pflegeberatung“) enthalten sei.

Herr Groschke führt ergänzend aus, dass über die kommunalen Spitzenverbände bereits Initiativen eingeleitet worden seien, um die Einrichtung der Pflegestützpunkte als kommunale Aufgabe umzusetzen, damit nicht zwei Beratungsstränge nebeneinander eingerichtet würden.

Angesichts der vorstehenden Ausführungen zieht Ausschussmitglied Schulte den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
 4 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme der Budgets 01 „Soziales“ und 04 „Gesundheitswesen“ für das Jahr 2008.

**Punkt 5: Übernahme der Aufgaben der Versorgungsverwaltung zum 01.01.2008
- Sachstandsbericht zur Übernahme der Aufgabe "Feststellung der
Schwerbehinderteneigenschaft nach dem SGB IX"**

Herr Groschke berichtet über den Stand der Umsetzung zur Übernahmen der Aufgaben der Versorgungsverwaltung im Bereich „Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft nach dem SGB IX“. Die durch die Übernahme der Aufgaben bedingten Umzüge innerhalb des Kreishauses seien abgeschlossen. Die Arbeitsplätze für die Mitarbeiter seien eingerichtet. Die Aufgabe könne fristgerecht zum 01.01.2008 übernommen werden.

Für die Bürger habe die Verwaltung einen Flyer aufgelegt, der einen kurzen Überblick über das Schwerbehindertenrecht enthalte und auch die Ansprechpartner innerhalb der Kreisverwaltung benenne. Der Flyer werde sowohl bei den Städten und Gemeinden als auch bei sonstigen Institutionen ausgelegt. Auch sei eine Verteilung an die niedergelassenen Ärzte vorgesehen.

Nach den bisher vorliegenden Angaben der Versorgungsverwaltung sei für den Kreis Borken mit insgesamt ca. 10.500 Verfahren jährlich zu rechnen. Davon entfielen auf Erstanträge ca. 3.000, auf Änderungsanträge ca. 4.200 sowie ca. 1.800 auf Nachprüfungsanträge. Daneben seien ca. 1.500 Widersprüche zu erwarten.

Punkt 6: SGB II - Budgetplanung 2008
Vorlage: 0262/2007

Frau Lökes erläutert kurz die Vorlage. Sie weist darauf hin, dass die Budgetplanung auf der Grundlage der in den Teilbudgets und Maßnahmen im Jahr 2007 gemachten Erfahrungen erfolgt sei. Sie weist auf die Schwierigkeiten bei der Erfolgsmessung bei den verschiedenen Maßnahmen hin. Soweit möglich werde im Jahresbericht 2007 versucht, die Erfolge der Maßnahmen darzustellen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2008 zu.

Punkt 7: SGB II - Sachstandsbericht zur Problematik der sonstigen weiteren Leistungen nach § 16 Abs. 2 Satz 1 SGB II
Vorlage: 0263/2007

Herr Haßenkamp weist auf die bisher geleistete erfolgreiche Arbeit der Service-Punkte Arbeit hin, die ganz wesentlich aus dem flexiblen Umgang mit den Eingliederungsleistungen resultiere. Wenn die Optionskommunen nunmehr über die schriftlich niedergelegte Rechtsauffassung des Bundes gezwungen würden, die Eingliederungsmaßnahmen auf der Grundlage des SGB III umzusetzen, würde die im Gesetz enthaltene Experimentierklausel ad absurdum geführt. Die Problematik sei in der Vorlage umfassend dargestellt. Wegen der Bedeutung der Angelegenheit sei die Information des Ausschusses für das weitere Vorgehen der Verwaltung geboten.

Herr Groschke beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Stilkenbäumer bittet bei der Abstimmung zu bedenken, dass ein einstimmig gefasster Beschluss auch die Verwaltung in ihrem Handeln stärkt.

Nachdem Ausschussmitglied Schulte die getrennte Abstimmung über die Beschlussvorschläge beantragt, lässt Vorsitzender Stilkenbäumer zunächst über den Beschlussvorschlag Nr. 1 abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Anschließend lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussvorschlag Nr. 2 abstimmen.

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt dem geplanten weiteren Vorgehen der Verwaltung zu.

Punkt 8: SGB II - Leitfaden "Junge Menschen unter 25 Jahren im SGB II" - Handlungsempfehlungen des Arbeitskreises Gender SGB II
Vorlage: 0264/2007

Frau Lökes gibt einige Erläuterungen zur Vorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Leitfaden „Junge Menschen unter 25 Jahren im SGB II“ zur Kenntnis.

Punkt 9: Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2008
Vorlage: 0265/2007

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2007 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10: Anfragen

Punkt 10.1: Persönliches Budget §§ 17 - 21 SGB IX
Vorlage: 0232/2007

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt der Verwaltung für die ausführliche und informative Stellungnahme.

Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Themas „Persönliches Budget §§ 17 – 21 SGB IX“ für den Kreis Borken zu geben.

Punkt 10.2: Pflegeberatung/ Heimunterbringung
Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.11.2007
Vorlage: 0255/2007

Vorsitzender Stilkenbäumer verweist auf die schriftliche Antwort der Verwaltung. Frau Ostendorff beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Punkt 10.3: Krebsregister
Vorlage: 0285/2007

Frau Scherwinski erklärt, die Verwaltung nehme die Ergebnisse der Studie sehr ernst. Eine eingehende Abklärung sei erforderlich. Die Anfrage sei deshalb bereits zuständigkeitshalber an das Krebsregister in Münster weitergeleitet worden. Sobald von dort die Ergebnisse vorlägen und ausgewertet seien, werde eine Beantwortung der Anfrage erfolgen.

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 11.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Frau Scherwinski berichtet, die Kommunale Gesundheitskonferenz habe am 24.10.2007 getagt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schulte zum Sachstand der Landesimpfkampagne berichtet Frau Scherwinski, dass das Land mittlerweile die Fristen für die Umsetzung der Landesimpfkampagne verlängert habe und außerdem Gelder in Höhe von ca. 18.000 € für den Kreis Borken zur Verfügung stelle. Unter diesen Voraussetzungen plane der Kreis Borken, die Impfausweise sämtlicher Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I zu kontrollieren. Falls erwünscht werde die Masern-Mumps-Röteln-Impfung durchgeführt sowie auf weitere fehlende Impfungen hingewiesen, die dann durch den behandelnden Arzt durchgeführt werden könnten.

In diesem Zusammenhang wird das Schreiben des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Herrn Karl-Josef Laumann vom 21.12.2007 dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Punkt 11.2: Kreispflegekonferenz

Herr Groschke teilt mit, dass die Kreispflegekonferenz am 10.10.2007 getagt habe.

Er berichtet, dass der geplante Neubau eines Altenpflegeheimes – mit Plätzen im Betreuten Wohnen – in Bocholt, Brückenstraße, durch die Senator GmbH, Dortmund, vorgestellt worden sei. Die geplante Seniorenresidenz werde über 80 vollstationäre Pflegeplätze und 14 Wohnungen im Betreuten Wohnen verfügen. Für alle 80 vollstationären Dauerpflegeplätze seien Einzelzimmer geplant. Es gebe ein Spezialkonzept für 48 demenziell veränderte Bewohnerinnen und Bewohner.

Auch die Modernisierung des Jeanette-Wolff-Zentrums der AWO in Bocholt sei vorgestellt worden. Hier sei geplant, aus den zurzeit bestehenden 128 Pflegeplätzen in 26 Einzel- und 51 Zweibettzimmern 100 Pflegeplätze in 60 Einzelzimmern und 20 Zweibettzimmern zu schaffen. Zudem sei vorgesehen, Funktionsräume neu zu organisieren und zusätzliche Nasszellen zu schaffen. Die Bauarbeiten würden Anfang 2008 beginnen, mit der Gesamtfertigstellung der Baumaßnahme sei etwa Ende 2009 zu rechnen.

Weiterhin habe die Gemeinnützige Gesellschaft St. Josef im Dekanat Borken mbH, Borken, die geplante Neubaumaßnahme eines Altenpflegeheimes – mit Plätzen im Betreuten Wohnen - in Borken, Heidener Straße 78, vorgestellt. Auf einem ehemaligen Firmengelände, dem sogenannten Bierbaumgelände, solle ein Wohngebiet mit einer Fläche von ca. 40.000 qm entstehen. Hierin integriert würden eine stationäre Altenpflegeeinrichtung mit 86 Plätzen sowie ein ambulant betreutes Wohnen mit der Option einer Wohngemeinschaft und ergänzender Dienstleistungen. Mit der Fertigstellung der stationären Altenpflegeeinrichtung sei für November 2008 zu rechnen.

Nach einer vom Fachbereich Soziales durchgeführten Erhebung hat sich die Anzahl der freien Plätze in den Altenpflegeeinrichtungen im Kreis Borken von 120 freien Plätzen im Jahr 2006 auf 180 freie Plätze zum Stichtag 31.07.2007 erhöht.

Durch den Fachbereich Gesundheit, Frau Winkler-Serbetci, sei über das EUREGIO-Projekt MRSA-net zur Schaffung eines grenzüberschreitenden Netzwerkes in der Region Münsterland/Twente berichtet worden. In dem Projekt solle auf deutscher Seite die MRSA-Rate erfasst und auf niederländisches Niveau gesenkt werden; auf niederländischer Seite solle der Zufluss von MRSA aus Deutschland und die Ausbreitung von CA-MRSA kontrolliert werden.

Vorsitzender Stilkenbäumer schlägt vor, das Projekt MRSA-net in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorzustellen.

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr. Er wünscht ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Wilhelm Stilkenbäumer

Hans Ritter

V 2	FBL 53	FBL 50